



# ANTRAGSBUCH

1. LANDESKONGRESS 2023

# Tagesordnung zum 1. Landeskongress 2023

Ort: Taiwanesische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland

SAMSTAG, 18. März 2023

Einlass um 10:30 Uhr

Beginn des Kongresses um 11 Uhr

**TOP 01:** Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorstand

**TOP 02:** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

**TOP 03:** Wahl eines Tagungspräsidiums

**TOP 04:** Genehmigung der Tagesordnung

**TOP 05:** Wahl einer Zählkommission

**TOP 06:** Berichte

- a) *der Landesvorsitzenden*
- b) *des Landesschatzmeisters*
- c) *der Kassenprüfer*
- d) *der Ombudsmitglieder*

**TOP 07:** Aussprache

**TOP 08:** Entlastung des Schatzmeisters

**TOP 09:** Entlastung des Landesvorstandes

**TOP 10:** Grußworte

**TOP 11:** Q&A mit Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, Botschafter Taiwans

**TOP 12:** Grußworte

**TOP 13:** Evtl. Anträge zur Änderung der Landessatzung

**TOP 14:** Wahlen zum Landesvorstand

- a) *Wahl eines Landesvorsitzenden (m/w/d)*
- b) *Wahl von drei stellvertretenden Landesvorsitzenden (m/w/d)*
- c) *Wahl eines Landesschatzmeisters (m/w/d)*
- d) *Wahl von bis zu sieben weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (m/w/d)*

**TOP 15:** Wahl mindestens einer und höchstens zwei Ombudspersonen

**TOP 16:** Wahl von Landeskassenprüfern (m/w/d)

Unterbrechung des Kongresses gegen 19 Uhr

SONNTAG, 19. März 2023

Fortsetzung des Kongresses um 12 Uhr

**TOP 17:** Antragsberatung

**TOP 18:** Schlusswort des/der Landesvorsitzenden gegen 18 Uhr

## Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin – deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

### Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

## **Wahlen**

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

## **Wortbeiträge**

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

## **Zwischenfragen**

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die

Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

### **Geschäftsordnungsanträge**

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter [julis.de](http://julis.de). Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

## Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis,

mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

### Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihrer Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihrer Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der

Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand



## Inhaltsverzeichnis

<b>Leitantrag</b>		
Nr.	Titel	Seite
L001	Berliner Brennpunkte löschen - Aufstiegsversprechen wieder in ganz Berlin geltend machen. Landesvorstand	10
<b>Sachanträge</b>		
Nr.	Titel	Seite
S001	Dem Postmortalen Raub den Kampf ansagen Junge Liberale SZ	18
S002	Berlin endet nicht am Tarifbereich B! Junge Liberale LiMaH	19
S003	Europäische Souveränität auch bei Rohstoffen Junge Liberale LiMaH	20
S004	Eigentum geht auch erschwinglich! Junge Liberale LiMaH	22
S005	Hass ist keine Meinung LAK Inneres und Bürgerrechte & LAK Selbstbestimmung und moderne Gesellschaft	24
S006	Ich geh mit meiner Laterne LAK Selbstbestimmung und moderne Gesellschaft	27
S007	24/7 statt 9 to 5 im Bürgeramt Junge Liberale FKN	28
S008	Macht dem Kleingeld ein Ende Junge Liberale LiMaH	29
S009	Für Mehr Freiheit und Vielfalt im Bildungswesen – Privatschulen stärken Alexander Kobuss, Ludwig Behr	30
S010	Strukturelle Inflationsursachen bekämpfen – Die Europäische Zentralbank reformieren Thurid Gebhardt, Alexander Kobuss, Phillip Proske	33

S011	<b>Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel</b> Junge Liberale CWS	36
S012	<b>Religion macht Schule?</b> Junge Liberale TS	38
S013	<b>Sonntagsruhe gilt auch für Christen</b> Junge Liberale Reinickendorf	40

Antrag	L001
Titel	Berliner Brennpunkte löschen - Aufstiegsversprechen wieder in ganz Berlin geltend machen.
Antragsteller	Landesvorstand

## 1 **Berliner Brennpunkte löschen - Aufstiegsversprechen** 2 **wieder in ganz Berlin geltend machen.**

3 Die Eskalationen in der Silvesternacht sind nur die Spitze des Eisberges der  
4 gescheiterten 27 Jahre SPD-Geführter Bildungspolitik und einer verfehlten  
5 Sozialpolitik. Es ist ein Symptom einer jahrelangen Vernachlässigung von  
6 sozialen Brennpunkten, welche in der Verantwortungslosigkeit der SPD-  
7 Bürgermeister sich selbst überlassen wurden. Doch anstatt durch  
8 Böllerverbote das Symptom zu bekämpfen, möchten wir lösungsorientiert  
9 die Fehler der vergangenen Jahre aufarbeiten und Ursachen bekämpfen. Wir  
10 müssen diese Probleme an der Wurzel packen.

## 11 **Schulen in Brennpunktgebieten stärker fördern**

12 Die Aufgabe von Politik ist es, denjenigen zu helfen, die aus eigener Kraft  
13 etwas schaffen wollen. Die Grundlage, selbst etwas zu schaffen, ist eine gute  
14 Bildung. Denn hier ist es Politik möglich, die Grundlage für ein friedliches und  
15 respektvolles Zusammenleben zu stärken. Für uns steht fest, die Grundlage  
16 für eine aktive Teilhabe der Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben  
17 bildet eine flächendeckende hochqualitative Bildung. Doch gerade in  
18 Brennpunktschulen ist der Lehrermangel und das offene Stellen für  
19 Sozialarbeitern besonders gravierend. Genau dort, wo das  
20 Aufstiegsversprechen am meisten gestärkt werden muss, fehlt dessen

21 Grundlage. Die Chancengerechtigkeit. Doch der gravierende  
22 Fachkräftemangel lässt sich nicht nur durch mehr Personal lösen. Die  
23 Arbeitsbelastung, gerade an Schulen mit großen sozialen  
24 Herausforderungen, verursacht einen hohen Krankenstand bei Lehrern und  
25 vor allem einen bundesweiten Trend zur Teilzeitbeschäftigung. Hierbei  
26 haben die Maßnahmen der SPD wie die Brennpunktzulage bewiesen, dass sie  
27 das Problem weder löst noch abschwächen kann und höchstens eine  
28 Überbrückungsmittel darstellt.

29 Unser Ziel ist es insgesamt, die Arbeitsbedingungen langfristig zu verbessern,  
30 um wieder einen Trend zu einer Vollzeitbeschäftigung zu erreichen, um  
31 Stellen besser besetzen zu können. Um dem in Zukunft entgegenzutreten zu  
32 können, fordern wir:

33 • **mehr Sozialarbeiterinnen für Berliner Brennpunktschulen.**

34 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind vor allem in Schulen mit  
35 sozialen Herausforderungen besonders wertvoll. Sie vermitteln nicht  
36 nur in offenen Streits zwischen Schülerinnen oder Schülern und  
37 Lehrenden. Sie sind die Grundlage eines friedlichen Schulalltags. Daher  
38 müssen vor allem an Brennpunktschulen mindestens 5 Stellen für  
39 soziale Arbeit besetzt werden.

40 • **kleinere Klassengrößen.**

41 Egal an welcher Schule: 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse sind zu  
42 viel und verhindern eine zielführende individuelle Förderung. Doch  
43 gerade an Brennpunktschulen stellt der reguläre Unterricht Lehrer vor  
44 großen Herausforderungen. Daher wollen wir hier anfangen, die  
45 Klassengröße langfristig auf max. 20 Schülerinnen und Schüler pro  
46 Klasse zu reduzieren.

47 • **Die Umstrukturierung der Lehrerausbildung hin zu einem dualen  
48 Studium.**

49 Damit stellen wir sicher, dass die Ausbildung auf den realistischen  
50 Lehreralltag an Schulen mit großen sozialen Herausforderungen  
51 vorbereitet und somit den Praxisschock und die damit verbundene  
52 Burnout-Quote senkt. Ein Praxiszeit an einer Brennpunktschule ist hier  
53 zu implementieren.

54 Schülerinnen und Schüler müssen mehr Wertschätzung entgegengebracht  
55 werden. Denn diese müssen motiviert werden und ein breites  
56 Bildungsangebot vorfinden. Doch genau dieses ist in den sozial schwachen  
57 Räumen Berlins nahezu nicht vorhanden. Daher fordern wir:

- 58 • **den Ausbau von kostenlosen Angeboten wie AGs unter anderem im**  
59 **Rahmen der Hortbetreuung.**

60 Somit wird sichergestellt, dass auch an Brennpunktschulen Kinder ein  
61 ausreichendes Freizeitangebot erhalten. Hier soll bestmöglichst mit  
62 lokalen Sportvereinen zusammengearbeitet werden.

- 63 • **kostenlosen Förderunterricht an den Brennpunktschulen außerhalb**  
64 **des Regelunterrichts.**

65 Sollten Schulen dies nicht aus eigener Kraft bewältigen können, sind  
66 alternative kostengünstige außerschulischen Nachhilfeeinrichtungen  
67 anzubieten.

- 68 • **den verstärkten Ausbau von Ganztagschulen in Berliner**  
69 **Brennpunkten.**

70 Einerseits gibt es allen Eltern die Möglichkeit, in mehr und flexibler zu  
71 Arbeiten und daher mehr finanzielle Möglichkeiten für die Bildung  
72 ihrer Kinder zu sorgen. Andererseits gibt es den Schülerinnen und  
73 Schüler mehr Möglichkeit an schulisch organisierten wählbaren  
74 Tätigkeiten wahrzunehmen.

- 75 • **ein Kitabauprogramm mit Fokus auf sozialen Brennpunkten und ein**  
76 **Verpflichtendes letztes Kita Jahr**

77 Die Kita ist ein fester Bestandteil für die Bildung grundlegender  
78 Sozialkompetenz von Kindern. Sie lernen einander zu akzeptieren und  
79 miteinander zu kommunizieren. Hiervon sollen alle Kinder profitieren.

- 80 • **die flächendeckende Implementierung von Berufsberatungstage an**  
81 **Brennpunktschulen.**

82 Hier sollen das Land Berlin mit gutem Beispiel vorangehen und  
83 Vertreter der Berliner Polizei, Feuerwehr und Verwaltung entsenden.  
84 Des Weiteren sind diese Berufsberatungen flächendeckend bei kleinen  
85 und mittelständischen Unternehmen zu bewerben.

- 86 • **die Einführung und Förderung von Talentscouts.**

87 So wollen wir gezielt „Talente“ an sozial schwachen Schulen suchen  
88 und Interessen an weiterführenden Bildungswegen wecken, da viele  
89 Schüler leider bis zum Abschluss perspektivlos bleiben.

## 90 **Sozialpolitik für Kinder kinderleicht machen**

91 Jedes Kind kann eine Schule bis zum Abitur besuchen und anschließend  
92 studieren oder eine Ausbildung machen. Leider trifft das nur theoretisch zu.  
93 Die soziale Herkunft bestimmt leider immer noch den schulischen und  
94 beruflichen Werdegang eines jeden Kindes und Jugendlichen. Kinder von  
95 Akademikern studieren weiterhin öfter als Kinder von Arbeiterkindern. Jedes  
96 fünfte Kind gilt in Deutschland als arm und hat somit schlechtere  
97 Bildungschancen.

98 Einfache Unterstützung wie außerschulische Nachhilfe oder auch Hobbies,  
99 die für einen Mittelständler normal sein können, sind für viele Kinder  
100 undenkbar. Da einige Kinder durch Nachhilfe oder sogar zusätzlichen  
101 Privatunterricht mehr Unterstützung erfahren, während andere hingegen  
102 keines von beidem wahrnehmen können, ist die Chancengleichheit  
103 keineswegs gegeben. Die Entwicklung eines jeden Menschen ist abhängig von

104 seinen sozialen Kontakten, seinen Hobbys, welche ihn prägen und vielfältige  
105 Begegnungen mit unterschiedlichsten Menschen. Daher fordern wir:

- 106 • **die Beantragung von Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche in**  
107 **Brennpunktschulen bedarfsgerecht zu ermöglichen.**

108 Ein umfangreiches Informationsangebot zu Sozialleistungen ist  
109 unabdinglich. Doch sind diese zuweilen meist unverständlich und  
110 schwer zu finden. Mit gezielter Beratung vor Ort wollen wir die  
111 Informations- und Beratungsangebote, wollen wir nicht gewollte  
112 Zugangsbarrieren verhindern.

- 113 • **alle Angebote und Gutscheine und in einer App zu bündeln und je nach**  
114 **Berichtigung des zu fördernden Kindes freizuschalten.**

115 Hiermit entwickeln wir den BerlinPass entscheidend weiter. Darüber  
116 hinaus bauen wir Nutzungshemmnisse wie Armutsstigmatisierung  
117 entscheidend ab und verhindern Mobbing.

- 118 • **die Stärkung und die Schaffung von Kinder- und Jugendzentren in**  
119 **Brennpunkten.**

120 Somit wollen wir Schutzräume für Kinder und Jugendliche in deren  
121 Nachbarschaft schaffen. Darüber hinaus können hier zentrierte  
122 Freizeitangebote und Nachhilfe angeboten werden.

- 123 • **die Verstärkung der Kinderkrisendienste im Brennpunktregionen.**

124 Der Kinderkrisendienste ist ein wichtiger Bestandteil des Kinder und  
125 Jugendschutz, welcher für besonders für Kinder aus sozialschwachen  
126 Schichten wichtig ist. Doch leider kennt kaum ein Kind dieses Angebot.  
127 Daher muss dieser vor allem an Brennpunktschulen aktive beworben  
128 werden.

- 129 • **deutlich mehr staatliche Mittel für Nachhilfe- und andere**  
130 **Förderangebote.**

131 Angebote wie beispielsweise DaZ-Unterricht müssen besser  
132 zugänglicher gemacht werden, sodass jede Schülerin die Möglichkeit  
133 hat, diese kostenfrei wahrzunehmen.

## 134 **Berliner Stadtplanung neustarten**

135 Die immer größer werdende Anzahl an Orten mit großen sozialen  
136 Herausforderungen in Berlin zeigt, dass die aktuelle Berliner  
137 Quartiersplanung gescheitert ist. Anstatt Berlins Vielfalt auch hier zur  
138 Geltung zu bringen, erleben wir eine immer stärkere Selektierung  
139 verschiedener Bevölkerungsgruppen. Um endlich die Berliner Mischung in  
140 real in der Stadt- und Quartiersplanung zu etablieren, fordern wir:

- 141 • **bei der öffentlichen Ausschreibung von neuen Flächen für den**  
142 **Wohnungsbau, diese zu gleichen Teilen auf privaten,**  
143 **genossenschaftlichen und sozialen Wohnungsbau aufzuteilen.**

144 Das Konzept der Sozialbausiedlungen ist gescheitert. Wir benötigen  
145 überall in Berlin eine Mischung aller sozialen Milieus. Dies muss in der  
146 Quartiersplanung berücksichtigt werden.

- 147 • **den Bau von mehreren Grün- und Parkanlagen in sozial belasteten**  
148 **Räumen.**

149 Den Bestand der Sozialbausiedlungen wollen wir entscheidend  
150 aufwerten und auch für private Investoren attraktiv machen. Hierzu  
151 zählen auch grüne Freiflächen und ein gute Infrastruktur an  
152 Freizeitangeboten.

- 153 • **die Aufhebung von Milieuschutzgebieten.**

154 Der Milieuschutz bremst die soziale Durchmischung Berlins  
155 entscheidend aus. Durch die Aufhebung wollen wir Spielräume für den  
156 Umbau unser Stadt schaffen.



- 157 • **langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner den Kauf von**  
158 **öffentlichen Mietobjekten ermöglichen.**

159 Das eigene Heim bleibt die beste Altersvorsorge. Diese sollte sich das  
160 Land Berlin nicht entgegenstellen. Daher sollen langjährige  
161 Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit erhalten, ihre Wohnung,  
162 welche bsw. Eine Wohnung im Sozialbau des Landes zu kaufen.  
163 Alternativ sollen langfristige Kaltmietvorauszahlungen getätigt  
164 werden sollen, welche die Miete z.B. im Rentenalter reduzieren kann.

## 165 **Rechtsstaat geltend machen**

166 Die Berliner Brennpunkte, auch Orte, an denen der Rechtsstaat teilweise nicht  
167 geachtet wird oder gar nicht gilt. Es sind Orte, in den sich  
168 Parallelgesellschaften leichter bilden und Kriminalität floriert. Dieser  
169 Umstand ist tragisch und nicht tolerierbar. Denn der deutsche Rechtsstaat  
170 schützt die Freiheit eines jeden Menschen. Deshalb fordern wir:

- 171 • **den Neubau von Park- und Kiezwachen für die Berliner Polizei.**  
172 Parks und öffentliche Plätze sind immer wieder der Ort von  
173 organisierter Kriminalität und gewalttätigen Ausschreitungen. Mit  
174 dem bedarfsgerechten Errichten von kleinen Kiez- und Parkwachen  
175 soll hier der Rechtsstaat wieder durchgreifen können und präsent sein.

- 176 • **die Aufstockung des Personal in Polizeiwachen in Brennpunkten.**  
177 Der Personalmangel in der Polizei ist in ganz Berlin spürbar. Doch wir  
178 müssen sicherstellen, dass dieser Personalmangel dort als erstes  
179 ausgeglichen wird, in den es am Notwendigsten ist.

- 180 • **die Priorisierung bei der Modernisierung von Polizeiwachen in**  
181 **Brennpunktgebieten.**

182 Die Polizei in Berliner Brennpunkten sieht sich dauerhaft vor enormen  
183 Herausforderungen. Daher ist es dringend notwendig, dass die Berliner  
184 Polizei in Brennpunkten als erstes modernisiert wird.

- 185 • **einen verbesserten Schutz von Einsatzfahrzeugen der Berliner**  
186 **Feuerwehr und Polizei.**

187 Die Silvesternacht, aber auch andere Krawalle in Berlin zeigen, dass  
188 auch immer mehr normale Einsatzfahrzeuge von Polizei und  
189 Feuerwehr das Ziel von Angriffen werden. Hier müssen wir für den  
190 Schutz der Menschen sorgen, die uns schützen und retten.

- 191 • **die Entlastung des Rechtsstaats durch Liberalisierung der**  
192 **Drogenpolitik.**

193 Die Berliner Polizei ist gerade in Brennpunkten immer mehr damit  
194 beschäftigt, Drogendelikte zu verfolgen, welche jedoch längst in der  
195 breiten Gesellschaft akzeptiert sind. Durch diese entscheidende  
196 Entlastung der Polizei soll diese wieder mehr Zeit für die Verfolgung  
197 schwerwiegender Straftaten erhalten.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S001
Titel	Dem Postmortalen Raub den Kampf ansagen
Antragsteller	Junge Liberale Steglitz-Zehlendorf

## 1 Dem Postmortalen Raub den Kampf ansagen

2 Wir setzen uns für ein effizientes Steuersystem ein. Substanzsteuern können in diesem  
3 Zusammenhang keinen konstruktiven Beitrag leisten. Andersherum  
4 schafft Privateigentum Unabhängig und Freiheit. Der Aufbau eben dieses  
5 Privateigentums wird durch die sehr hohe Steuer- und Abgabenlast in der  
6 Bundesrepublik längst über Gebühr erschwert. Vor diesem Hintergrund darf es  
7 nicht sein, dass der Staat bei Erbschaften die Steuerzahler erneut zur Kasse  
8 bittet und bereits mehrfach versteuertes Vermögen ins Visier nimmt. Das trifft vor  
9 allem Familienunternehmen, die in Generationen denken und bei denen das  
10 Fortbestehen und die Übernahme eines Betriebes steuerbedingt zur  
11 Herausforderung werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Erbschafts- und  
12 Schenkungsteuer ersatzlos abzuschaffen

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S002
Titel	Berlin endet nicht am Tarifbereich B!
Antragsteller	Junge Liberale LiMaH

## 1 **Berlin endet nicht am Tarifbereich B!**

- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern, den Geltungsbereich des kostenlosen
- 3 Schülertickets für Berliner Schülerinnen und Schüler auf den Tarifbereich ABC
- 4 zu erweitern.

### **Begründung:**

Der Großraum Berlin reicht weit über den Tarifbereich B hinaus. Dieser Lebensrealität vieler Berliner Schülerinnen und Schüler - insbesondere derjenigen, die im Berliner Umland leben - muss das Schülerticket Rechnung tragen.

Antrag	S003	1
Titel	Europäische Souveränität auch bei Rohstoffen	2
Antragsteller	Junge Liberale LiMaH	3

## 1 Europäische Souveränität auch bei Rohstoffen

- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Aufbau einer gemeinsamen  
3 europäischen Rohstoffagentur.
- 4 Diese Agentur soll weltweit Rohstoffe handeln dürfen und mit diese der  
5 europäischen Privatwirtschaft als neutraler Dienstleister zur Verfügung stellen.
- 6 Die Agentur soll insbesondere kritische Rohstoffe wie Indium, Germanium,  
7 Lithium und Seltene Erden zur Sicherstellung der Versorgung und der  
8 Produktionskapazitäten der Industrie im europäischen Wirtschaftsraum dienen.
- 9 Die Verteilung durch die Agentur soll an Maßgaben der gegenseitigen  
10 Rücksichtnahme und die industriellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der  
11 Mitgliedstaaten geknüpft werden.
- 12 Weiterhin soll im Rahmen dieser Agentur eine europäische Rohstoffreserve  
13 aufgebaut werden.

### **Begründung:**

Der Bedarf der europäischen Industrie an Rohstoffen, insbesondere an Seltenen Erden, steigt kontinuierlich. Da Europa kaum über natürliche Vorkommen dieser nicht-substituierbaren Ressourcen verfügt, besteht eine zunehmende Abhängigkeit Europas gegenüber deren Lieferanten, vornehmlich der Volksrepublik China, welche mit einem weltweiten Produktionsanteil von rund 70% der Seltenen Erden im Jahr 2022 durch die Instrumentalisierung ihrer Rohstoffe bedeutenden politischen Druck auf Europa aufbauen kann.

Um diese Abhängigkeit zu reduzieren und der Volatilität Europas gegenüber der politischen Einflussnahme Chinas auf den weltweiten Rohstoffhandel

entgegenzuwirken, ist die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Rohstoffpolitik imperativ.

Antrag	S004
Titel	Eigentum geht auch erschwinglich!
Antragsteller	Junge Liberale LiMaH

## 1 Eigentum geht auch erschwinglich!

2 Berlin ist eine Stadt der Mieter; die Wohneigentumsquote ist hier deutlich geringer als  
3 in anderen europäischen Metropolen. Um den Aufbau von Wohneigentum durch  
4 Berlinerinnen und Berliner zu fördern, fordern die Jungen Liberalen Berlin die  
5 Einführung eines staatlichen Eigenheimzuschusses nach Bremer Vorbild, getragen  
6 durch die Investitionsbank des Landes Berlin. Entsprechend fordern wir, Menschen, die  
7 noch nicht über Wohneigentum verfügen, beim Erwerb oder Bau von  
8 Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften, Reihenhäusern und Eigentumswohnungen  
9 bzw. bei der Umnutzung von ehemaligen Gewerbeimmobilien zur Eigennutzung als  
10 Wohnraum durch einen einmaligen Zuschuss von Seiten der IBB zu unterstützen;  
11 insbesondere wollen wir Mietkaufmodelle ermöglichen.

12 Bedingung für die Förderung ist der energetische Standard KfW 55 Effizienzhaus bei  
13 Neubauten bzw. Energieausweis mit Energieeffizienzklasse D bei Bestandsimmobilien.  
14 Weist die Bestandsimmobilie eine schlechtere Energieeffizienzklasse aus, ist eine  
15 energetische Sanierung innerhalb eines Jahres nach Erwerb mit dem Ziel der  
16 Effizienzklasse B durchzuführen und nachzuweisen. Wird dieser Nachweis nicht  
17 erbracht, ist der Förderbetrag vollständig zurückzuzahlen. Eigentumswohnungen mit  
18 einer schlechteren Energieeffizienzklasse als D werden nicht gefördert.

19 Gefördert werden nur Immobilien, deren Quadratmeterzahl die Bemessungsgrenzen  
20 der Bundesagentur für Arbeit für Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld  
21 nicht signifikant überschreiten.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.



Antrag	S005
Titel	Hass ist keine Meinung
Antragsteller	LAK Inneres und Bürgerrechte & LAK Selbstbestimmung und moderne Gesellschaft

## 1 Hass ist keine Meinung

Selbst heute noch ist es schwierig bestehendes Recht im digitalen Raum anzuwenden. Beleidigungen, Gewaltdrohungen und Belästigungen bleiben in der Regel folgenlos und in den selten Fällen, in denen gegen diese vorgegangen wird, geht dies meist auf das Engagement von den Betroffenen und NGOs zurück.

Um diesem entgegen zu treten, fordern wir junge Liberale Berlin:

### 1. Straftaten verhindern

Social Media Plattformen sollen verpflichtet sein, User bei möglichen strafbaren öffentlichen Inhalten (Beleidigungen, Verleumdungen, Hetze) über ihre potenzielle Strafbarkeit samt Gesetzesgrundlage zu informieren. Ein unabhängiges Gremium soll kontinuierlich über die Auslegung von Inhalten als Beleidigung und Verleumdung beraten und eine verbindliche transparente Liste festzulegen.

### 2. Einfache digitale Anzeigen

Die Anzeige solcher Straftaten muss so einfach wie möglich gehalten werden, gerade, da es sich um digitale Delikte handelt, sollte es möglich sein eine Anzeige mit Screenshots und einem Link.

### 3. Schwerpunkt Cybersicherheit

Sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch bei den Polizeibehörden sollte eine Abteilung gebildet werden, die sich darauf spezialisiert solche Delikte zu

22 verfolgen. Damit es zu keiner Überlastung der Strafverfolgungsbehörden kommt,  
23 sollen mehr Mittel bereitgestellt werden.

#### 24 **4. Inpflichtnahme der Anbieter**

25 Wir sehen aber nicht nur den Staat in der Pflicht hier zu handeln, sondern auch  
26 die Social Media Plattformen, auf denen diese Straftaten begangen werden.  
27 Aufgrund der Schwierigkeiten die Täter in manchen Fällen zu ermitteln, muss  
28 zumindest gegen die Straftaten selbst effektiv eingegriffen werden. Daher sollen  
29 Anbieter verpflichtet werden regelmäßig auffällige anonyme Profile zu  
30 überprüfen, indem deren Kommentare oder andere Aktivitäten durch einen  
31 Algorithmus auf Beleidigungen geprüft werden. Bestehen über 80 Prozent der  
32 Aktivität aus Beleidigungen, so sollen die Profile vorläufig gesperrt und vom  
33 Support-Team überprüft werden. Sollte sich dann der Eindruck bestätigen, soll  
34 die Sperrung endgültig und die Löschung der Kommentare erfolgen.

35 Neben kriminellen Handlungen ist auch die Verbreitung von Falschinformationen  
36 und demokratie- sowie menschenfeindlichen Weltbildern problematisch. Daher  
37 fordern wir:

##### 38 **1. Kritische Flags**

39 Insofern die Social Media Plattform es erlaubt, dass Inhalte von Usern  
40 empfohlen werden können, so soll es die Möglichkeit geben als User den Inhalt  
41 anderer mit bestimmten Flags zu bewerten (z. B. „Homophob“,  
42 „Frauenverachtend“ oder „Desinformation“). Ähnlich wie Likes soll diese schlicht  
43 gezählt und angezeigt werden.

##### 44 **2. Einbeziehung der Flags**

45 Wenn ein Inhalt eine bestimmte Zahl für eine Flag oder mehrere überschreitet,  
46 so soll dies negativ von einem Empfehlungsalgorithmus berücksichtigt werden.  
47 Der Ersteller des Inhalts soll darüber informiert werden und eine Möglichkeit  
48 haben gegen falschgesetzte Flags vorzugehen. Der Inhalt ist aber selbst beim  
49 Scheitern des Widerspruchs stets verfügbar, wird aber seltener bis gar nicht  
50 mehr empfohlen, sodass User konkret nach solchen Inhalten suchen müssen,  
51 um sie zu konsumieren.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S006
Titel	Ich geh mit meiner Laterne
Antragsteller	LAK Selbstbestimmung und moderne Gesellschaft

## 1 Ich geh mit meiner Laterne

- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Ausbau und die Verbesserung von  
3 Straßenbeleuchtung. Gaslaternen und andere sollen stetig mit energieeffizienteren  
4 LED-Leuchten ausgetauscht werden. Haltestellen des ÖPNV sollen vollständig  
5 ausgeleuchtet werden. Gleiches gilt für Unterführungen und Brücken. Weiter soll  
6 künftig mindestens eine Straßenseite ausgeleuchtet sein. Wir sprechen uns für eine  
7 nachhaltige und sparsame Straßenbeleuchtung aus. So sollte vor einer Umrüstung der  
8 Einsatz von Bewegungsmeldern in Betracht gezogen werden.  
9 Dunkle, bedrohlich wirkende Heimwege sollen der Vergangenheit angehören!

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S007
Titel	24/7 statt 9 to 5 im Bürgeramt
Antragsteller	JuLis FKN

## 1 **24/7 statt 9 to 5 im Bürgeramt**

2 Die bürgerfreundliche Zugänglichkeit zu den Dienstleistungen der Berliner  
3 Verwaltung beschränkt sich nicht auf die Online-Beantragung von  
4 Ausweisdokumenten. Personalausweis, Reisepass oder Führerschein müssen  
5 auch in den Händen der Berlinerinnen und Berliner ankommen. Die  
6 Öffnungszeiten der Bürgerämter decken sich oft nicht mit der Lebens- und  
7 Arbeitsrealität der Bürgerinnen und Bürger. Niemand sollte sich einen Tag frei  
8 nehmen müssen, um einen Personalausweis oder einen Führerschein abholen  
9 zu gehen. Wir Junge Liberale fordern daher die flächendeckende Einführung  
10 von 24/7-Abholterminals für Ausweisdokumente, Führerscheine usw. in jedem  
11 Bürgeramt. Darüber hinaus soll es möglich sein, sich den Personalausweis per  
12 Einschreiben postalisch zustellen zu lassen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S008
Titel	Macht dem Kleingeld ein Ende!
Antragsteller	Junge Liberale LiMaH

## 1 **Macht dem Kleingeld ein Ende!**

- 2 Wir, die Jungen Liberalen Berlin, fordern die Einstellung der Prägung von  
3 Ein- und Zwei-Cent-Münzen durch die Bundesbank bzw. ihrer  
4 Münzprägeanstalten. Deutsche Ein- und Zwei-Cent-Stücke sollen sukzessive aus dem  
5 Verkehr gezogen werden.
- 6 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich im Zuge dessen bei der EZB  
7 dafür einzusetzen, Ein- und Zwei-Cent-Münzen europaweit abzuschaffen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S009
Titel	Für mehr Freiheit und Vielfalt im Bildungswesen – Privatschulen stärken
Antragsteller	Alexander Kobuss, Ludwig Behr; verwiesen vom 3. Landeskongress 2022

## 1 Für mehr Freiheit und Vielfalt im 2 Bildungswesen – Privatschulen stärken

3 Die Situation des Berliner Schulwesens ist desolat. Der Bildungsmonitor 2022  
4 der INSM zeigt, dass Berlin in den Kernbereichen von Schulqualität, Beruflicher  
5 Bildung und Vermeidung von Bildungsarmut die hintersten Plätze bundesweit  
6 belegt. Die öffentlichen Schulen sind durch zu starre Vorgaben und durch  
7 mangelnde Leistungsanreize nicht in der Lage die Vorgaben an ein modernes  
8 Bildungswesen zu erfüllen. Viele Eltern aus Akademikerhaushalten schicken ihre  
9 Kinder daher nachvollziehbarer Weise auf privaten Ersatz- und  
10 Ergänzungsschulen des Berliner Stadtgebiets und Brandenburger Umlands.  
11 Damit es nicht zu eklatanten Chancenungerechtigkeiten in der Bildung kommt,  
12 wollen die Jungen Liberalen Berlin die Rolle der Privatschulen stärken und sie  
13 somit zugänglich für breitere Bevölkerungsschichten machen.

## 14 Mehr Freiräume für Vielfalt in der Bildung

15 Private Ersatz und Ergänzungsschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vielfalt  
16 der Bildungslandschaft in Berlin und ganz Deutschland. Jedoch leiden  
17 insbesondere private Ersatzschulen unter den strengen Vorgaben der  
18 Schulaufsichtsbehörden, sodass die zusätzlichen Freiräume gegenüber  
19 öffentlichen Schulen nur marginal sind. Das muss geändert werden. Die Jungen  
20 Liberalen Berlin setzen sich für größere Freiräume für private Ersatzschulen ein.  
21 Dazu zählen insbesondere eine Liberalisierung der Vorgaben durch

22 Kernlehrpläne und Zentralabitur. Perspektivisch sollen diese Freiheitsräume auf  
23 die öffentlichen Schulen ausgeweitet werden.

24 Viele Privatschulen deutschlandweit und auch in Berlin werden von kirchlichen  
25 Trägern betrieben. Während die kirchlichen Träger ebenfalls einen wichtigen  
26 Beitrag zur Schulvielfalt leisten, so kann es nicht sein, dass die regulatorischen  
27 Vorgaben zur Gründung privater Ersatz- und Ergänzungsschulen die kirchlichen  
28 Träger einseitig privilegieren. Wir fordern eine umfassende Erleichterung zur  
29 Gründung von Privatschulen und in diesem Zusammenhang eine  
30 Gleichbehandlung kirchlicher und sonstiger Schulträger.

31 Auch öffentliche Schulen profitieren von größeren Freiräumen im Bildungswesen.  
32 Die Kooperation mit Unternehmen und gemeinnützigen privaten Vereinen stellen  
33 eine Bereicherung für das Schulwesen dar. In diesem Zusammenhang setzen  
34 sich die Jungen Liberalen Berlin für eine Stärkung von Private-Public  
35 Partnerships an öffentlichen Schulen ein, insbesondere für den privaten Betrieb  
36 der Schulgebäude. Mittelfristig soll ein größerer Anteil öffentlicher Schulen in  
37 private Trägerschaft überführt werden.

## 38 **Benachteiligte Kinder fördern – Bildungsgutscheine** 39 **einführen**

40 Obwohl Privatschulen in Deutschland kein Schulgeld erheben dürfen, sind diese  
41 immer noch überproportional von Kindern aus Besserverdienerhaushalten  
42 besetzt. Auch benachteiligten Kindern sollen gute Bildungschancen zuteilwerden.  
43 In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bemühungen der Ampel-Koalition  
44 durch das Startchancenprogramm insbesondere Schulen in sozial-schwachen  
45 Stadtteilen zu fördern.

46 Um eine nachhaltige Finanzierung für beste Bildungschancen zu ermöglichen  
47 fordern die Jungen Liberalen Berlin weiterhin die Einführung eines Systems von  
48 Bildungsgutscheinen nach schwedischem Vorbild. So kann die Grundfinanzierung  
49 der Privatschulen durch staatliche Mittel durch die Gutscheine ersetzt werden.  
50 Auch befürworten wir die Förderung eines Schulprogramms, dass sich an dem  
51 US-Amerikanischen Modell der Charter Schools orientiert. In diesem Sinne  
52 sollen private Schulen, die verstärkt Kinder aus benachteiligten Haushalten



53 aufnehmen einen Sockel an staatlicher Förderung erhalten. Um echte  
54 Entscheidungsfreiheit in einem vielfältigen Bildungswesen zu gewährleisten,  
55 sollen der Einzugszwang nach Postleitzahl für alle Schulformen aufgehoben  
56 werden. Darüber hinaus sollen §§41-45 des Schulgesetzes des Landes Berlin  
57 dahingehend geändert werden, dass die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht  
58 ersetzt wird.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S010
Titel	Strukturelle Inflationsursachen bekämpfen - Die Europäische Zentralbank reformieren
Antragsteller	Thurid Gebhardt, Alexander Kobuss, Phillip Proske; verwiesen vom 3. Landeskongress 2022

## 1 **Strukturelle Inflationsursachen bekämpfen -**

### 2 **Die Europäische Zentralbank reformieren**

3 Der Euro als Währung, hat die Wirtschaftsweise in vielen europäischen Staaten  
4 grundlegend verändert. Mit der Verlagerung der geldpolitischen Kompetenzen auf die  
5 Europäische Zentralbank wurde die europäische Einigung weiter intensiviert.  
6 In den Verträgen von Maastricht sind wichtige Grundsätze festgeschrieben, die  
7 eine verantwortungsvolle Geldpolitik nach dem Vorbild der Bundesbank vor 1998  
8 garantieren sollten. Doch spätestens seit der Eurokrise im Jahre 2009 wurde das  
9 unabhängige Mandat der EZB für Preisniveaustabilität zu sorgen  
10 unterminiert. Die schädlichen Auswirkungen dieser Geldpolitik entfalten sich in  
11 der aktuellen Inflationskrise. Die EZB und das zugrundeliegende Vertragswerk  
12 ihres politischen Handels müssen reformiert werden, damit die dauerhafte Krise  
13 der Eurozone endlich gelöst werden kann.

### 14 **Unabhängigkeit der EZB garantieren**

15 Die Europäische Zentralbank ist an ihr geldpolitisches Mandat der Verträge über  
16 die Arbeitsweise der Europäischen Union gebunden. Damit eine  
17 volkswirtschaftlich verantwortungsvolle Geldpolitik durchgeführt werden kann, muss  
18 die Zentralbank möglichst frei vom Einfluss der tagespolitischen  
19 Mehrheiten sein. Politische Ernennungen zur Bedienung nationalstaatlicher  
20 Partikularinteressen müssen unterbunden werden. Ebenso wenig darf das Amt  
21 des EZB-Präsidenten zum personalpolitischen Schlachtfeld des Europäischen  
22 Rates werden. Daher fordern die Jungen Liberalen, dass das EZB-Direktorium

23 grundsätzlich durch die Vertreter der nationalen Notenbanken gewählt wird. Das  
24 Gremium des EZB-Rates zur Vertretung der 19 Staaten der Eurozone bleibt  
25 erhalten.

## 26 **Mandat der Preisniveaustabilität**

27 Aufgabe einer Zentralbank ist vor allem die Steuerung der Geldmenge über die  
28 verschiedenen Zinssätze der Finanzierungsgeschäfte für die Geschäftsbanken  
29 innerhalb der Eurozone. Doch die EZB vernachlässigt ihre Pflicht zur Einhaltung  
30 ihres Hauptziels der Preisniveaustabilität des Euros und der Einhaltung einer  
31 stetigen jährlichen Teuerungsrate von zwei Prozent. Es bedarf einer  
32 konsequenten Umsetzung des Inflationsziels der EZB, wie in Art. 127 AEUV  
33 festgehalten. Daher müssen die europäischen Verträge dahingehend  
34 überarbeitet werden, dass künftig ausgeschlossen wird, dass die EZB nationale  
35 Volkswirtschaften einseitig durch geldpolitische Maßnahmen subventioniert. Dafür  
36 soll das bis dato sehr vage formulierte, sekundäre Ziel der EZB, aus dem  
37 AEUV gestrichen werden, sodass sich die Zentralbank auf ihr Mandat der  
38 Preisniveaustabilität fokussiert.

## 39 **BVerfG Urteil ernst nehmen – PSPP und Co. beenden**

40 Das seit Jahren andauernde Programm zum Ankauf von Staats- und  
41 Unternehmensanleihen auf dem Sekundärmarkt durch die EZB, überschreitet  
42 das Mandat der Zentralbank und verstößt gegen das Verbot der illegalen  
43 Staatsfinanzierung. Allein während der Corona-Pandemie wurde über 1,5  
44 Billionen Euro neues Fiat-Geld durch die EZB geschöpft. In Kombination mit der  
45 großen Knappheit auf den Energiemärkten, die zu massiven Preisanstiegen  
46 führt, heizt die Schöpfung von neuem Zentralbankgeld die Inflation weiter an.

47 Wir fordern die Bundesregierung sowie die Bundesbank auf die Rechtsprechung  
48 des Bundesverfassungsgerichts ernst zu nehmen und im Rahmen ihrer  
49 institutionellen Möglichkeiten, konsequent auf das Ende aller  
50 Anleihenkaufprogramme, die einer Staats-/ und oder Unternehmensfinanzierung  
51 gleichen hinzuwirken und eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden in  
52 Europa zu verhindern. Ebenso lehnen wir jegliche Formen von europäischen  
53 Altschuldenfonds ab. Wir fordern stattdessen eine konsequente Einhaltung der

54 Konvergenzkriterien nach den Verträgen von Maastricht und die Schaffung eines  
55 geordneten Insolvenzrechtes für Gebietskörperschaften.

## 56 **Freiheit im Zahlungsverkehr**

57 Das staatliche Primat für das alleinige Währungsmonopol ist ein Relikt  
58 vergangener Jahrhunderte. Der voranschreitenden Digitalisierung der Kapital-  
59 und Währungsmärkte muss durch die staatlichen Rahmenbedingungen  
60 Rechnung getragen werden. Wir fordern eine Reform des Art. 128 AEUV und  
61 eine Aufhebung des Sonderstatus als gesetzliches Zahlungsmittel des Euros.  
62 Das ausschließliche Recht zur Freigabe neuer Euro-Banknoten durch die EZB,  
63 bzw. die nationalen Notenbanken bleibt bestehen. Darüber hinaus muss  
64 Rechtssicherheit für Kryptowährungen geschaffen und die Freiheit digitalen  
65 Geldes gewährleistet werden. Das Projekt „Digitaler Euro“ durch die EZB schafft  
66 ein überflüssiges Konkurrenzprodukt mit äußerst fragwürdiger  
67 Datenschutzgrundlage zu privaten Anbietern des digitalen Zahlungsverkehrs und soll  
68 daher eingestellt werden. Bargeld begreifen wir Junge Liberale als Ausdruck geprägter  
69 Freiheit und es soll daher erhalten bleiben. Allen Maßnahmen den Bargeldverkehr  
70 einzuschränken oder zu unterbinden erteilen wir eine konsequente Absage.

71 **Option 1:** Die Herstellung und Prägung der Euro Münzen und Banknoten soll  
72 wieder in den nach 2002 herkömmlichen Stückelungen eingeführt werden.

73 **Option 2:** Die Jungen Liberalen Berlin befürworten aus Gründen der  
74 verwaltungstechnischen Effizienz die Abschaffung der 1 und 2 Cent Münzen. Die 500  
75 Euro Banknote soll jedoch wieder gedruckt und im Handel angenommen  
76 werden.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag	S011
Titel	Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel
Antragsteller	Junge Liberale CWS; verwiesen vom 3. Landeskongress 2022

## 1 **Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung** 2 **der Grundgesetz-Präambel**

3 Die Jungen Liberalen Berlin fordern, im ersten Satz der Präambel des  
4 Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Worte „Gott und“ zu  
5 streichen, sodass dieser fortan wie folgt lautet: „Im Bewusstsein seiner  
6 Verantwortung vor den Menschen, von dem Willen beseelt, als  
7 gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu  
8 dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt  
9 dieses Grundgesetz gegeben.“

### **Begründung:**

Laut den Zahlen der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) für das Jahr 2019 sind 38,8 % der Deutschen konfessionslos. Damit bilden diese die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von der Römisch-Katholischen Kirche (27,1 %) und der Evangelischen Kirche (24,9 %). Die Zahl der aktiv Gläubigen beträgt sogar lediglich 7,9 %. Die Frage „Welche Bedeutung haben Religion und Glaube für Sie?“ im ARD-Deutschlandtrend Juni 2017 beantworteten 36 % mit „geringe Bedeutung“, 27 % mit „gar keine Bedeutung“. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes längst nicht mehr zeitgemäß ist. Weder die Paulskirchenverfassung von 1849 noch die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 enthielten einen Gottesbezug. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948) hatte ebenfalls noch keinen expliziten Gottesbezug formuliert. Im Sinne der religiös-

weltanschaulich Neutralität des Staates gibt es keine validen Gründe für einen Gottesbezug in unserer Verfassung. Weder der Staat noch seine Bürger stehen in einer Verantwortung vor „Gott“. Während der erwähnte „Gott“ zwar nicht explizit christlich ist, so hat dies doch einen eindeutig monotheistischen Klang, womit polytheistische Religionen ausgeschlossen werden. Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

Antrag	S012
Titel	Religion macht Schule?
Antragsteller	Junge Liberale TS; verwiesen vom 3. Landeskongress 2022

## 1 Religion macht Schule?

Wir Junge Liberale treten ein für einen säkularen Staat, dessen Institutionen sich weltanschaulicher Neutralität verpflichtet sehen und der gerade durch seine Zurückhaltung in religiösen Fragen den Bürgern Raum zur religiösen und weltanschaulichen Entfaltung sichert.

Gerade für den Bereich staatlicher Bildungseinrichtungen ergibt sich daraus ein Spannungsfeld, inwiefern Religion und Weltanschauung in den Schulalltag eingebettet werden sollen und insbesondere, ob sie durch staatliche Lehrangebote ergänzt und begleitet werden.

### 10 Alternative 1 (Berliner Modell):

Wir Junge Liberale setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern das Fach Ethik als ordentliches Pflichtfach in Schulen angeboten wird, während der Religions- und Weltanschauungsunterricht verschiedener Konfessionen in den Schulen zusätzlich freiwillig von den Schülern besucht werden kann. Die Lehrer des Religions- und Weltanschauungsunterricht sollten von staatlicher Seite beaufsichtigt und bezahlt werden.

### 17 Alternative 2 (Französisches Modell):

Wir Junge Liberale setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern das Fach Ethik als ordentliches Pflichtfach in Schulen angeboten wird. Darüber hinaus sollte es in Schulen nach französischem Vorbild überhaupt keinen Religions- und Weltanschauungsunterricht unterschiedlicher Konfessionen geben. Grundkenntnisse über die Weltreligionen sollten von einer nichtkonfessionsgebundenen Lehrkraft im Fach Ethik vermittelt werden.

### 24 Alternative 3 (Süddeutsches Modell):

25 Wir Junge Liberale setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern die  
26 Schüler entweder das Fach Ethik oder einen Religions- und  
27 Weltanschauungsunterricht als Pflichtfach besuchen, um sicherzustellen, dass  
28 religiöse Bildung und Wertevermittlung nicht allein dem privaten Bereich und  
29 damit unter Umständen Organisationen und Verbänden überlassen wird, deren  
30 Zielsetzungen einer weltanschaulich neutralen Gesellschaft zuwiderlaufen. Die  
31 Lehrer des Religions- und Weltanschauungsunterricht sollten von staatlicher  
32 Seite beaufsichtigt und bezahlt werden.

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.



Antrag	S013
Titel	Sonntagsruhe gilt auch für Christen
Antragsteller	Junge Liberale Reinickendorf; verwiesen vom 3. Landeskongress 2022

## 1 **Sonntagsruhe gilt auch für Christen**

2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern eine gesetzliche Gleichstellung aller  
3 anerkannten Religionsgemeinschaften beim externen Praktizieren des eigenen  
4 Glaubens. Dafür sollte etwa das Ausrufen des Muezzins der Moschee ebenso  
5 wie das Läuten von Kirchenglocken nur außerhalb der gesetzlichen Ruhezeiten  
6 möglich sein.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich